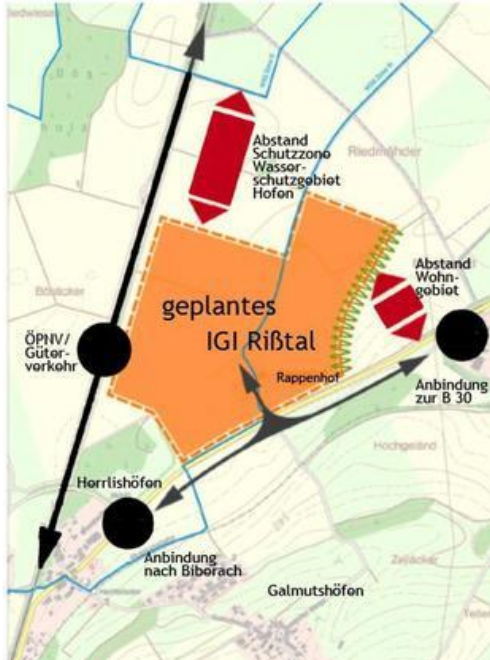


Bürger kritisieren IGI-Pläne

Initiative bringt Antrag in Gemeinderat ein – Verwaltung weist Vorwürfe zurück



Die Grafik zeigt das geplante IGI Rißtal (orange). *Grafik: Stadt Biberach/gem*



Der Widerstand gegen das IGI Rißtal ist in Herrlishöfen unübersehbar. Jetzt hat die Bürgerinitiative Schutzgemeinschaft Rißtal einen Einwohnerantrag in den Warthäuser Gemeinderat gebracht. *Birgit von Laak*

Die Liste der Bedenken ist lang: 15 Einzelpunkte umfasst ein Antrag zum geplanten Industriegebiet Rißtal (IGI), den Bürger in der Gemeinderatssitzung am Montag in Warthausen eingebracht haben. Intransparenz, Gefahren für Natur, den Hochwasserschutz und die Anwohner sowie geringer wirtschaftlicher Nutzen sind die wesentlichen Kritikpunkte. Die Vertrauenspersonen der Initiative, Philipp Eggenberger, Franz Lenk und Alfred Schlanser forderten im Namen der Bürgerinitiative Schutzgemeinschaft Rißtal, dass die Gemeindeverwaltung unter anderem folgende Aspekte untersuchen solle.

Die Zulässigkeit in einem **Hochwasserrisiko-Gebiet**: Nach Darstellung der Initiative sei eine Bebauung in einem Hochwasser-Risiko-Gebiet mit einem eingeschlossenen Wasserschutzgebiet (WSG) nicht zulässig. Das WSG Höfen ist in einer Auflistung des Landes Baden-Württemberg als Risikogebiet für ein 100-jährliches Hochwasser aufgeführt. Deshalb dürfe das gesamte Gebiet nicht bebaut werden. Auch eine Versiegelung des Gebiets sei problematisch für den Wasserabfluss.

Die Entwicklung des **Verkehrsaufkommens**: Franz Lenk warf der Verwaltung vor, sie arbeite nicht mit aktuellen Verkehrszahlen. Er befürchte, dass die Belastung durch das IGI deutlich höher wäre, als bislang angenommen. Das Versprechen, dass sich ein Großteil des Verkehrs auf die Schiene verlagern werde, halte er nicht für realistisch. „Handtmann soll sich vertraglich dazu verpflichten“, forderte er.

Der **wirtschaftliche Nutzen**: Philipp Eggensberger forderte eine Aufstellung der wesentlichen Kosten und Einnahmen, die die Gemeinde durch das IGI erwarten könne. Auch sei unklar, wie viele Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen würden. Wirke sich der Bau negativ auf die Finanzen der Gemeinde aus, drohe „eine dramatische Unterversorgung in vielen Bereichen“.

Folgen für Mensch, Natur und Umwelt: Zahlreiche Aspekte seien nicht ausreichend untersucht, heißt es in dem Einwohnerantrag. Darin fordern die Unterzeichner unter anderem eine Bewertung der Böden, der Schutzwürdigkeit der Landschaft und der Nutzung des Rißtals als „Naherholungsgebiet“.

Transparenz in der Diskussion: „Argumente, die nicht für das IGI sprechen, wurden bisher kaum gehört“, kritisierte Eggensberger. Er wünsche sich mehr Transparenz – auch bei den Vertragsverhandlungen mit Handtmann.

Verwaltung weist Kritik zurück

Viele der geforderten Gutachten seien ohnehin Pflicht bei dem Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan, erklärte Anja Kästle vom Bauamt. Falls nicht, wolle die Gemeinde „auf die Erstellung hinarbeiten“. Zudem werden Träger öffentlicher Belange angehört werden, wie das Wasserwirtschaftsamt, der BUND oder der Nabu. Die Räte stimmten diesem weiteren Vorgehen mehrheitlich zu.

Bürgermeister Wolfgang Jautz, betonte zudem, der finanzielle Effekt sei schwer abzuschätzen. „Die Sicherung der Arbeitsplätze wäre auf jeden Fall gegeben.“ Er verwies auf die Firma Handtmann, die von Beginn an von einer „Betriebsverlagerung“ gesprochen habe.

Mehrere Gemeinderäte wiesen zudem die Kritik an ihrer Arbeit zurück: „Wir handeln nach bestem Wissen und Gewissen“, sagte Ulrich Geister. Der Rat habe sich für viele Fragen rechtlichen Beistand geholt und Experten befragt. Auf deren Gutachten sei Verlass.

Während der Diskussion kam es immer wieder zu Zwischenrufen der Zuschauer. Jautz mahnte mehrmals zur Ruhe und drohte mit Saalverweis. Lediglich zum Ende der Debatte, als die meisten Bürger den Saal bereits verlassen hatte, klangen versöhnliche Töne an. Gemeinderat Hermann Huchler schlug ein weiteres Treffen mit Vertretern der Schutzgemeinschaft vor. „Das spitzt sich sonst immer weiter zu“, warnte er. Doch dafür fand er keine Zustimmung aus dem Plenum. „Die wollen ein freies Rißtal, da kommen wir nicht

zusammen“, erklärte Franz Schuy. Der Tenor der Räte: Weitere Gespräche machten erst Sinn, wenn das Zielabweichungsverfahren abgeschlossen sei.